

## Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet „Gesamtstadt“ am 27.03.2019

1	Nächtliche Ampelabschaltung
	<p>Der Bürger regt an, dass die Ampeln im Stadtgebiet abends und nachts soweit irgend möglich ausgeschaltet werden - evtl. auch sonn- und feiertags. Auf die Möglichkeit von Drücktastern wird von dem Bürger hingewiesen.</p> <p>Herr Weber, Referat Planen und Bauen, legt dar, dass Ampelsteuerungen sehr komplex sind. Gewisse Vorgaben sind einzuhalten. Sog. Drückampel sind z.B. nur dort sinnvoll, wo sie nicht in den stark fließenden Verkehr eingreifen. Die Akzeptanz der Wartedauer an den Drückampeln ist niedrig und beträgt 10 – 15 Sekunden. Ansonsten ist die Taktung in niederfrequenten Bereichen so gesteuert, dass der Fahrradfahrer, Fußgänger und Autofahrer annähernd gleiche Zeiten zum Überqueren haben.</p> <p>Eine Nachtabschaltung ist nur in niederfrequenten Bereichen möglich und besteht bereits.</p> <p>Es wird verdeutlicht, dass die Verkehrssicherheit überwiegt. Eine Abschaltung an Staatsstraßen (z. B. Drausnickstraße) ist nicht möglich. Bei hoch- und mittelfrequentierten Bereichen ist die Gefahr der Ampelabschaltung zu groß.</p> <p>Bezüglich des vom Bürger angesprochene Energieverbrauchs kann mitgeteilt werden, dass bereits eine sukzessive Umstellung auf LED-Lampen erfolgt.</p> <p>Der Mitarbeiter der Polizeiinspektion Erlangen-Stadt betont, dass die Polizei gegen die Nachtabschaltung von Lichtsignalanlagen (LSA) ist und weist auf die rechtliche Situation hin (Verwaltungsvorschrift zur STVO). Die Verwaltungsvorschrift zur STVO gibt vor, dass LSA grundsätzlich auch nachts in Betrieb gehalten werden sollen. Ausnahmen gibt es – nächtliches Ausschalten ist nur dann zu verantworten – wenn eingehend geprüft ist, dass auch ohne Lichtzeichen ein sicherer Verkehr möglich ist.</p> <p>Dies belegt auch eine Studie der TU Dresden aus dem Jahr 2008.</p> <p>Ein Bürger teilt mit, dass die Fahrradampel an Kreuzung Gerberei nicht gleichzeitig mit der Fußgängerampel schaltet – dies irritiert die Bürgerinnen und Bürger. Er fragt an, ob der Takt angeglichen werden kann.</p> <p>Herr Weber sichert eine Überprüfung der Fuß- und Radfahrerampel zu.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird von der PI Erlangen auf die Rechtsänderung seit 1.1.2017 hingewiesen.</p> <p>Seit 1.1.2017 gilt für Radfahrer grundsätzlich die Signalisierung für die Fahrbahn – es sei denn es sind extra LSA-Anlagen angebracht, die eine Streuscheibe mit dem Fahrradsymbol aufweisen.</p> <p>Auch die Vorrangschaltung der Busse wird von einem Bürger angesprochen und kritisiert.</p> <p>Herr Weber, Referat Planen und Bauen, betont, dass der ÖPNV Taktzeiten einzuhalten hat. Bezüglich der Bevorrechtigung wird von Herrn Weber, Referat Planen und Bauen, auf den entsprechenden Stadtratsbeschluss zum Verkehrsentwicklungsplan hingewiesen.</p>

**2****STUB**

Der Sprecher der Bürgerinitiative STUB ja – aber keine Kosbacher-/Wöhrmühlbrücke verliert den Antrag und weist auf den hohen Klima-, Natur- und Naherholungswert hin. Eine neue Talquerung, wie sie aktuell für die STUB sowie den Busverkehr geplant wird, würde diesen Freiraum ganz erheblich beschädigen. Die erheblichen Auswirkungen auf den Wiesengrund sollten bedacht werden. Es wird aufgefordert, keine voreiligen Entscheidungen zur STUB-Trassen-Variante durch den Wiesengrund zu treffen. Eine Suche nach weiteren Alternativen für den Berufs- und Pendelverkehr, ggf. auch unter Hinzuziehung weiterer Verkehrsplaner und Gutachter, wird gebeten.

Herr Dr. Janik schildert, dass seit dem Bürgerentscheid – bei dem sich die Erlanger Bürgerinnen und Bürger für die STUB ausgesprochen haben – der Zweckverband STUB mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und einem Online-Dialog daran gearbeitet hat. Kernpunkt ist hier auch die Querung der Regnitz. Um nach Herzogenaurach zu gelangen muss die STUB queren.

Auch aus der Bürgerschaft gab es zahlreiche Vorschläge.

Auf die Trassenvarianten wird von Herrn Dr. Janik eingegangen. Zahlreiche Trassen wurden geprüft. Eine Abwägung der Vor- und Nachteile ist erfolgt. Verschiedene Varianten, die z. B. baulich gar nicht möglich sind, wurden ausgeschlossen.

Die 4 Trassenvarianten über die Regnitz (Büchenbacher Damm, Dechsendorfer Damm, Kosbacher Brücke und Wöhrmühlinsel) sind jetzt zu prüfen. Die von der Bürgerschaft vorgeschlagene Trasse „Wöhrmühlinsel“ hat sich als sehr gut herausgestellt und wird favorisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass eine neu errichtete Querung für die STUB und den ÖPNV, eventuell auch für den Fahrradverkehr - keinesfalls jedoch für den Straßenverkehr, nutzbar wird. Bei den Bestandsbauwerken (Büchenbacher Damm und Dechsendorfer Damm) müsste auch ein Brückenneubau erfolgen, um die STUB aufnehmen zu können.

Auf die Veröffentlichungen des STUB-Forums im Internet wird verwiesen – hier können auch die Bewertungen der Trassen eingesehen werden.

Herr Dr. Janik erläutert die weitere Verfahrensweise.

Beim anstehenden Raumordnungsverfahren werden die Vorzugsvariante sowie die Alternativen vom Zweckverband STUB an die Regierung von Mittelfranken übermittelt und dort geprüft. Beschlüsse hierzu sind im Stadtrat bis Mai zu fassen.

Es wird erläutert, dass die drei Städte Nürnberg, Herzogenaurach und Erlangen das Projekt nur mit staatlichen Zuschüssen stemmen können. Der Nutzen durch das Projekt muss volkswirtschaftlich und wirtschaftlich groß sein, um die staatlichen Zuschüsse zu erhalten.

Zwei Trassenvarianten kommen für die Förderung nach Berechnung in Betracht.  
Wöhrmühle und Kosbacher Brücke (Ursprungsvariante).

Die Vorzugsvariante wird von den 3 Städten festgelegt. Die Wöhrmühltrasse wird favorisiert – dies wird dem Stadtrat auch so vorgelegt – die restlichen 3 Varianten gelten als Alternativen.

Eine neue Talquerung ist nötig, eine förderfähig Straßenbahn ohne Talquerung ist nicht möglich. Dann müsste das Projekt bei den 3

Städten eingestellt werden.

Eine weitere Brücke im Regnitzgrund ist ein ökologischer Eingriff – jedoch wäre dies die Möglichkeit eine Verbesserung des Ein- und Auspendelns zu ermöglichen. Die Verkehrswende muss auch aufgrund des Klimaschutzes stattfinden – es müssen Alternativen zum Autoverkehr gefunden werden. Zahlreiche Bürger leiden unter dem ein- und auspendelndem Verkehr.

Eine neue Querung muss hingenommen werden, um die Stadtumlandbahn zu realisieren. Sollte es zu Eingriffen kommen, dann muss dies möglichst schonend vorgenommen werden.

Auch im Planfeststellungsverfahren wird noch einmal geprüft. Die Prüfungen – wie auch im Antrag der Bürgerinitiative dargestellt – werden ohnehin durchgeführt.

Die verschiedenen Trassenvarianten werden von der Bürgerschaft rege diskutiert.

Herrn Dr. Janik stellt fest, dass die Erlanger Innenstadt an die Stadtumlandbahn angebunden werden muss. Die Verknüpfung an den Bahnhof und die Arbeitgeber der Erlanger Innenstadt muss gewährleistet sein.

Auf die Frage, ob die neuen Fahrgastzahlen einbezogen worden sind, erläutert Herr Weber, dass diese bereits mit eingebunden sind. Er weist darauf hin, dass derzeit 60.000 Ein- und Auspendler in die Stadt hinein und herausfahren. Ein ökologisches Verkehrsmittel ist notwendig.

Die verschiedenen Einwürfe der Initiative „Fridays For Future Erlangen“ bezüglich der Einhaltung der Klimaziele werden erläutert. Herr Dr. Janik weist darauf hin, dass die Straßenbahn nicht ausreichen wird, um das Klimaziel zu erreichen.

Bezüglich einer Frage der Anbindung des Klinikums an die STUB führt Herr Dr. Janik aus, dass dies mit diesem Ast nicht möglich ist. Auf das negative Votum der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises wird verwiesen. Eine Anbindung ist möglich, wenn eine Erweiterung in den Osten der STUB in Betracht kommt.

Herr Weber erläutert, dass auch eine große Masse an Arbeitgeber im Mittelstandes und des Handelsbereichs zu berücksichtigen sind.

Die BI stellt klar, dass Sie auf keinen Fall die STUB verhindern wollen. Der Wiesengrund sollte jedoch freigehalten werden.

Der Vorsitzende des Stadtteilbeirates Anger / Bruck unterstreicht noch einmal, dass die Bürger Brucks durch die STUB entlastet werden würden – hier würde die STUB dazu beitragen.

Auch die Kaufkraftzentralität Erlangens wird auf Nachfrage von Herrn Weber erläutert.

**Der Antrag der Bürgerinitiative STUB ja – aber keine Kosbacher-/Wöhrmühlbrücke wird von Herrn Dr. Janik zur Abstimmung gestellt.**

	<p><b><u>Antrag</u></b></p> <p>Die Stadt Erlangen möge das dauerhafte Freihalten des Naherholungs- und Landschaftsschutzgebietes Wiesengrund von motorisiertem Verkehr zu einem stadtplanerischen Hauptziel erklären. Das bedeutet auch, eine Schaffung einer neuen Talquerung über die „Kosbacher-/ Wöhrmühl-Brücke“ zu verhindern. Wir fordern die Verantwortlichen der auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, Lösungen für einen nachhaltigen Verkehr unter anderem auch eine finanzierbare STUB-Trasse zu finden, die ohne eine neue Talquerung auskommt. Verbunden ist damit auch die Aufforderung an die Stadt Erlangen, sich im Zweckverband STUB entsprechend zu positionieren.</p> <p><b><u>Der zur Abstimmung gestellte Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.</u></b></p>
	<p>Nachdem keine Mehrheit für den Antrag der Bürgerinitiative gefunden werden konnte, bittet Herr Dr. Janik die Bürgerinitiative in Dialog mit den Kollegen des Zweckverbandes STUB zu treten.</p> <p>Es erfolgt der Hinweis, dass unter <a href="http://www.stadtumlandbahn.de">www.stadtumlandbahn.de</a> alle Fakten nachvollziehbar hinterlegt sind. Bei Nachfragen kann der Zweckverband STUB kontaktiert werden.</p>
<b>3</b>	<b>Ausrufung des Klimanotstands</b>
	<p>Die Sprecherin weist darauf hin, dass die Initiative „Fridays For Future Erlangen“ überparteilich agiert und sich konsequent an alle Parteien richtet.</p> <p>Es wird betont, dass viele jungen Menschen Angst um ihre Zukunft haben. Mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler stehen deshalb hinter der Initiative „Fridays For Future“</p> <p>Die Erde hat sich bereits um 1 Grad erwärmt. Die Stadt wird aufgefordert hiergegen etwas zu tun und als Vorbild voranzugehen. Es werden folgende Anträge vorgetragen.</p> <p>Die Initiative „Fridays For Future Erlangen“ fordert die Ausrufung des Klimanotstandes und damit die Setzung eines Signals für die Zukunft.</p> <p>Mit der Übergabe des Maßnahmenkataloges ergeht die Aufforderung an den Stadtrat der Stadt Erlangen, dass in den nächsten 90 Tagen ein Klimaschutzplan mit der Klimaneutralität 2025 von der Stadt Erlangen aufgestellt wird. Außerdem wird die Einrichtung eines Stadtklimarates für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, so dass die Bürger aktiv ihren Klimaschutz gestalten können, gefordert.</p> <p><b>Die nachstehenden Anträge werden in Schriftform übergeben:</b></p>

	<p><b><u>Antrag</u></b></p> <p><b>“Ausrufung des Klimanotstands“</b>  Unter Berufung auf Artikel 20 a des Grundgesetzes fordern wir - junge Menschen von Fridays For Future - die Ausrufung des Klimanotstands für Erlangen:</p>
	<p>„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“</p> <p>Der Klimawandel ist seit 40 Jahren bekannt. Aller Warnungen der Wissenschaft zum Trotz steigen die CO2-Emissionen und damit die Erderwärmung immer weiter. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben uns nur noch 11 Jahre um die Erderwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen und damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Unsere Zukunft und der Fortbestand unseres Planeten stehen auf dem Spiel. Wir müssen daher jetzt handeln - auf Kommunalebene, Landesebene, Bundesebene und internationaler Ebene.</p> <p>Die Ausrufung des Klimanotstandes ist nicht nur eine Entscheidung mit Signalwirkung und ein Bekenntnis zur Zukunft der jungen Menschen in Erlangen, sondern bildet die Grundlage um Klimaschutzmaßnahmen in Erlangen schneller umzusetzen und dafür benötigte Geldmittel umzuwidmen.</p> <p>Wir fordern explizit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Erlanger Stadtrat erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.</li> <li>• Der Erlanger Stadtrat wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.</li> <li>• Der Erlanger Stadtrat orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.</li> <li>• Der Erlanger Stadtrat fordert, dass die Regierung die Bevölkerung Erlangens und Umgebung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.</li> <li>• Der Erlanger Stadtrat wirbt aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels.</li> </ul> <p>Setzen Sie mit der Ausrufung des Klimanotstands ein Signal gegen den Klimawandel und für unsere Zukunft!</p>

	<p><b>Antrag</b></p> <p>“Die Umsetzung folgender Maßnahmen“</p>
	<p>Wir fordern einen Klimaschutzplan, worin insbesondere auf die CO<sub>2</sub>-Reduktion eingegangen werden muss. Diesem liegt der Maßnahmenkatalog zu Grunde, woraus Meilensteine für die Stadt, die Bürger*innen und die Unternehmen konkretisiert werden mit dem Ziel Null Emissionen bis 2025 zu erreichen.</p> <p>Wir fordern die Erstellung und Veröffentlichung von Fortschrittsberichten in jedem Quartal durch die Stadt.</p> <p>Die Erstellung des Klimaschutzplans durch den Stadtrat sollte innerhalb von 90 Tagen erfolgen.</p> <p>Überdies bestehen wir auf die Einrichtung eines Stadtklimarats Erlangen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, der die Verabschiedung und Einhaltung aller Klimaziele in Erlangen überwacht und bewertet und zu den quartalsweise erscheinenden Fortschrittsberichten Stellung bezieht.</p> <p>Wir fordern starke und ambitionierte Investitionen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Der Aspekt der Sozialverträglichkeit sollte für die Investitionen einen besonderen Stellenwert einnehmen.</p> <p>Die Stadt Erlangen wird aufgefordert Kooperationen mit Klimaschutz- und Umweltschutzorganisationen umfassend zu prüfen und anzustreben. Die Stadt muss ihre Vorbildfunktion auf Landes-, Bundesebene und gegenüber der Industrie einnehmen.</p> <p>Schließlich sehen wir uns dazu verpflichtet, eine Verstärkung der Werbung für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte in Erlangen in substantieller Hinsicht zu fordern.</p> <p>Die folgenden aufgeführten Maßnahmen haben die allgemeine Zielsetzung der Klimaneutralität, d.h. alle Maßnahmen, die ergriffen werden, müssen kombiniert zu einer Klimaneutralität bis zum Jahr 2025 führen.</p> <p>Die Maßnahmen lassen sich in sieben Bereiche aufteilen:</p> <p>Energie, Mobilität, Bau, Stadtgrün, Ernährung, Abfall/Ressourcen und Investitionen</p> <p><b>ENERGIE</b></p> <p><b>ERNEUERBARE ENERGIEN</b></p> <p>1. Richtung der Orientierung in allen Energiebereichen auf Erreichen des Ziels der CO<sub>2</sub> Neutralität bis 2025 (mögliche individuelle Umsetzung; Grundprinzip in allen Entscheidungsbelangen)</p> <p>2. Ausbau und Förderung von erneuerbaren Energien (wie Solaranlagen, v.a. auf Flachdächern, z.B. von Discountern, Schulen, Hallen, öffentlichen Gebäuden etc.)</p> <p>*Die Maßnahmen wurden in Zusammenarbeit mit Extinction Rebellion Nürnberg und Ende Gelände Nürnberg entwickelt</p> <p><b>MOBILITÄT</b></p> <p><b>ÖPNV</b></p> <p>1 Einführung eines 365€-VGN-Jahrestickets</p> <p>2 Infrastrukturelle Verbesserung und Ausbau des VGN</p> <p>3 Förderung von Mobilitätsleistungen, wie „Carsharing“, Fahrradleihsystemen und Mitfahrvermittlungen</p>

#### MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

- 1 Erhöhung und Einführung von Parkgebühren im innerstädtischen Raum
- 2 Ablehnung der Realisierung neuer Parkhäuser
- 3 Abschaffung der „Hol-/Bringzonen“ vor den Schulen (Umwidmung in Fahrradparkplätze und Gemeinschaftsgärten)

#### NICHT MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

- 1 Öffnung aller Einbahnstraßen für zweisepurigen Fahrradverkehr
- 2 Etablierung von Fahrradstraßen (Vorrang von Fahrrädern zu PKW-Verkehr)
- 3 Breitere, zweisepurige und farblich markant erkennbare Fahrradwege
- 4 Großräumige Umwidmung von Parkplätzen in Fahrradparkplätze und Stadtgrün-Anlagen/-Flächen (z.B. Fahrradgaragen, mehretagige Fahrradständer)
- 5 Vergrößerung des Angebots an städtischen Lastenfahrrädern zum kostenlosen Verleih einhergehend mit einer stärkeren Bewerbung dieser

#### SONSTIGES

- 1 Festlegung einer Reglementierung zum Verbot von Dienstreisen per Flugverkehr für alle städtischen Mitarbeiter\*innen im Inland
- 2 Festlegung einer Reglementierung zur Ablieferung von Paketdiensten in zentralen Abholstationen. Ausnahme-Lieferdienste nur gegen Aufpreis (Ausführung durch Elektro-Fahrzeuge/Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge/Lastenrädern)

#### BAU

#### NACHHALTIGE BAULICHE MINDESTSTANDARDS

- 1 Ausrichtung von städtischen Wohnungsbauprojekten auf nachhaltige Holzbauweise
- 2 Ausrichtung von städtischen Wohnungsbauprojekten nach hohen Mindestenergiestandards
  - (a) Neubauten KfW Effizienzhaus 40 Plus, Passivenergiehäuser und Plusenergiehäuser
  - (b) Sanierungen mindestens KfW Effizienzhaus 40
- 3 Mindeststandards für Energieeffizienz mit Kopplung an Baugenehmigungen für Bürger/Unternehmen
- 4 Hoch- und Tiefbau anstatt Flachbau (z.B.: Discounter mit darunter liegendem Parkplatz mit überliegendem Wohnbau)

#### SONSTIGES

- 1 Verzicht auf Erschließung neuer Stadtteile oder Industrie-Gewerbegebieten auf Grünoder Waldflächen (Flächenversiegelung)
- 2 Reduzierung der Lichtverschmutzung (z.B. strategische Abschaltung nicht notwendiger Straßenlaternen; Einführung von Straßenlaternen mit Bewegungsmeldern)

## STADTGRÜN

### ERHALT UND FÖRDERUNG

- 1 Beendigung des jährlichen Kahlschlags entlang Autobahnen und an Autobahnkreuzen in der Metropolregion Nürnberg
- 2 Innerstädtische Bepflanzungsmaßnahmen, Förderung von innerstädtischem Grün (Vertikalbegrünung) und Erhalt/Schutz von alten Bäumen (=Biotopbäume)
- 3 Förderung und Unterstützung von nachhaltigen Projekten (wie: „Essbare Stadt“, „Essbare“ Schulen und Stadtgärten, Straßengartenprojekte, Blühgärten in öffentlichen Räumen); Gründung auf Prinzip der Ernährungssouveränität
- 4 Erhaltung und Förderung von Gemeinschaftsgartenprojekten

### ERNÄHRUNG

#### REGIONAL

- 1 Förderung von regionalen Erzeugermärkten, Ausbau der Erreichbarkeit (z.B.: Reduzierung der Standgebühren)
- 2 Subventionierung von Bio-Bauern
- 3 Förderung von fairen, regionalen Läden/Unverpackt-Läden
- 4 Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in allen städtischen Verpflegungseinrichtungen mit zusätzlichem vegetarischen/veganen Tag (z.B. Kitas, Schulen)

### ABFALL/RESSOURCEN

#### ENTSORGUNG

- 1 Verbreitung und Vergrößerung der Anzahl an Mülleimern mit regelmäßiger Ausleerung im Stadt- und Waldgebiet
- 2 Mülltrennung im gesamten städtischen Raum (insbesondere an Bildungseinrichtungen)
- 3 Plastiktüten-Verbot für Supermärkte / auch kleinere Läden

#### ALTERNATIVEN

- 1 Abbaubare Alternativen für Hundetüten
- 2 Verpflichtende Benutzung von Umweltschutzpapier und Umweltschutzdruckerpatronen
- 3 Druckerzeugnisse der Stadt aus umwelt- und klimafreundlichen Druckereien (wie z.B. die „Umweltdruckerei“)

#### AKTIONEN

- 1 Stadtweite Müllsammelaktionen (feste Daten – Eintragung in Müllabholkalender)

#### INVESTITIONEN

#### ETHISCHES INVESTMENT

- 1 Stadt & FAU Divestment (Desinvestment bei Staaten und Unternehmen mit unethischem/klimaschädlichen Verhalten, z.B.: Divestment bei Kohle-Unternehmen)



	<p>Herr Dr. Janik bedankt sich für das Engagement der Initiative und möchte zum Ausdruck bringen, dass auch aufgrund der hohen Teilnehmerzahl an der heutigen, abendlichen Bürgerversammlung verdeutlicht wird, wie wichtig das Anliegen den jungen Bürgerinnen und Bürgern Erlangens ist.</p> <p>Herr Dr. Janik schlägt vor nicht über die einzelnen Punkte in der Bürgerversammlung detailliert zu sprechen. Es wurde bereits für nächste Woche mit der Initiative „Fridays For Future Erlangen“ ein gemeinsamer Termin vereinbart.</p> <p>Die Themen rund um den Klimaschutz werden von der Bürgerschaft rege diskutiert.</p> <p>Auch der Hinweis eines Erlanger Hoteliers die Erlanger Unternehmen und Wirtschaft zu involvieren ergeht. Der Bürger erläutert, dass er immer noch mit seinem Hotel als Exot gilt, Unternehmen können und müssen für den Klimaschutz etwas leisten.</p> <p>Auch das Thema ÖPNV wird in diesem Zusammenhang intensiv diskutiert – die Kosten werden von den Bürgern kritisiert. Der Vergleich Auto versus ÖPNV wird von Herrn Weber dargestellt.</p> <p>Nach Meinung der Bürgerschaft muss auch jeder einzelne bei sich selbst anfangen etwas für den Klimaschutz beitragen.</p>
	<p><b>Die vorgelegten Anträge der „Initiative Fridays for Future Erlangen“ werden von Herrn Dr. Janik zur Abstimmung gestellt. Diese werden mehrheitlich angenommen (1 Gegenstimme 2 Enthaltungen)</b></p>
<b>4</b>	<p><b>Gesamtkonzept Bergkirchweihgelände</b></p>
	<p>Der Bürger erläutert, dass er der Vorhabensliste entnommen hat, dass ein Gesamtkonzept Bergkirchweihgelände erstellt werden soll. Er kritisiert, dass darin vermerkt ist, dass die Bürgerinnen und Bürger insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner mit eingebunden werden. Es betont, dass eine Einbindung bisher nicht erfolgt ist.</p> <p>Herr Beugel, Referat Wirtschaft und Finanzen, teilt mit, dass die derzeitigen Maßnahmen (Geländerbau) auf dem Bergkirchweihgelände getrennt vom Gesamtkonzept gesehen werden – hier handelt es sich um eine zu erfüllende Auflage aus der Versammlungsstättenverordnung.</p> <p>Im Gesamtkonzept geht es um viele andere weitere Maßnahmen. Momentan ruht das Projekt, da die Stelle personell derzeit nicht besetzt ist. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt nächste Woche. Das Projekt steht am Anfang und es wird um Geduld gebeten.</p>
<b>5</b>	<p><b>Verkehrskonzept und Wohnungsnot</b></p>
	<p>Der Bürger äußert seine Bedenken bezüglich des Parkhausbaus für die Universitätskliniken. Den Bau von Parkhäusern im Bereich der Innenstadt hält der Bürger für kritisch.</p> <p>Herr Weber, Referat Planen und Bauen erläutert, dass der Verkehr in der Innenstadt im Stadtrat heftig diskutiert wurde.</p>

Die Großzahl der Stellplätze für das Klinikum sollen am Großparkplatz abgebildet werden - mit einem Shuttlesystem. Wünsche sowie das berechnete Interesse des Klinikums bezüglich Parkhäuser bestehen.

Der Stadtrat hat Maßnahmen beschlossen, die Innenstadt zu entlasten und den Autoverkehr um die Innenstadt herum zu leiten. Vor allem den Verkehr der nicht direkt in die Stadt sondern z. B. Richtung Autobahn möchte.

Die Achse Werner-von-Siemens-Straße soll daher gestärkt werden. Ab Juni/Juli wird die Umsetzung erfolgen. Es geht um Klimaschutz aber insbesondere um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, die in der Innenstadt wohnen und um die Aufenthaltsqualität der Menschen die sich dort bewegen.

Herr Dr. Janik erläutert, dass das Klinikum einen hohen Bedarf an Parkflächen hat – dies wurde so errechnet. Dieser Bedarf wird weder am Großparkplatz noch mit Stellplätzen am Klinikum geschaffen werden können.

Der Großparkplatz soll insgesamt gestärkt werden – es sollen Möglichkeiten geschaffen werden zusätzliche Parkplätze dort zu errichten. Die Auslastung des Großparkplatzes sowie der Parksuchverkehr wird von Herrn Weber angesprochen. Beim Klinikum werden bestehende Stellplätze aufgrund von Baumaßnahmen entfallen. Hierfür wird gemeinsam mit dem Klinikum versucht Ersatz zu schaffen. Ob dies gelingt kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mitgeteilt werden. Hier steht man am Beginn bzw. am Anfang des Planungsverfahrens.

Der Bürger spricht in diesem Zusammenhang auch die Wohnungsnot an und kritisiert den Abriss des früheren Schwesternwohnheimes.

Herr Dr. Janik bittet zu berücksichtigen, dass das Uniklinikum auch die Versorgung für unsere Erlanger Bürgerinnen und Bürger übernimmt. Dies ist von elementarer Bedeutung.

Ziel ist es, überall dort wo Alternativen zum Autoverkehr bestehen, diese zu entwickeln und anzubieten.

Die Verkehrssituation – auch eine Totalsperrung - rund um das Klinikum wird von der Bürgerschaft diskutiert.

Herr Dr. Janik teilt mit, dass auch im Stadtrat eine sehr kontroverse Entscheidung gegeben hat. Der Bereich rund um das Klinikum wird beruhigt werden (Einbahnstraße, Beschränkungen etc.). Die Verkehrsbelastung muss reduziert werden, jedoch muss gewährleistet sein, dass z. B. auch die Notaufnahme erreicht werden kann.

Das Thema VGN-Tarife, hohe Kosten für mehrköpfige Familien, Kostenvergleich Auto, das 365-Euro-Ticket sowie Taktungen (insb. Dechsendorf), Ringlinie 295/294 werden thematisiert und von der Bürgerschaft diskutiert.

Bezüglich der angesprochenen fehlenden Verbindung zwischen Tennenlohe und Eltersdorf wird von Herrn Weber, Referat Planen und Bauen, mitgeteilt, dass zu wenig Fahrgäste diese Verbindung nutzen. Ökologisch ist nicht zielführend eine nichtfrequentierte Linie zu betreiben. Die Fahrgastzahlen werden jedoch jährlich erhoben und überprüft. Sollten entsprechende Fahrgastzahlen vorliegen – wird auch entsprechend reagiert.

Der Vorsitzende des Stadtteilbeirates Anger/Bruck wirft ein, dass die Förderung des ÖPNV vom Freistaat nicht – wie in anderen Bundesländern - entsprechend gefördert wird. Der Vorsitzende des Stadtteilbeirates fordert die Bürger auf, doch – wenn möglich – entsprechende Abgeordnete anzusprechen.

	<p>Herr Dr. Janik merkt an, dass für sozial schwache Familien das Sozialticket eingeführt wurde. Menschen mit niedrigerem Einkommen sollen die Möglichkeit haben, den ÖPNV günstiger zu nutzen. Auch hier gibt es Familien, die knapp über dem Einkommen liegen – dies lässt sich jedoch leider nicht vermeiden.</p> <p>Herr Dr. Janik geht auf die Untersuchung zum 365-Euro-Ticket (Wien) ein. Ein Fahrgastzuwachs von 8 % hatte eine Kostenerhöhung von 30 % zur Folge.</p> <p>Auch wenn dem Klimaschutz höchste Priorität eingeräumt wird, stehen der Stadt knappe Ressourcen zur Verfügung. Zu prüfen ist, wo mit welchem Einsatz das Meiste erreicht werden kann.</p> <p>Die Ziele des Klimaschutzes – auch bezüglich des ÖPNV - werden rege von der Bürgerschaft diskutiert.</p> <p>Nach mehrheitlicher Abstimmung in der Bürgerversammlung wurde die Diskussion zum dem Thema beendet.</p>
<b>6</b>	<b>Imkerverein Erlangen</b>
	<p>Die Bürgerin spricht für den Imkerverein Erlangen und äußert massiv Kritik an dem Umgang mit den Erlanger Imkern. Die Kosten für Grundstückspacht und die Medikamente für die Bienen werden in diesem Zusammenhang angesprochen. Die Imker fühlen sich nicht unterstützt und nicht wertgeschätzt (auf die Eingabemappe wird verwiesen).</p> <p>Die Bienen sollen zwar gerettet werden – aber nach Meinung der Bürgerin – auf Kosten der Imker.</p> <p>Die Vorwürfe an die Stadt Erlangen seitens der bisher stattgefundenen Gespräche werden von Herrn Beugel zurückgewiesen.</p> <p><u>Frau Lender-Cassens, Referat Umwelt, Energie, Gesundheit, Sport und Soziokultur</u>, schlägt einen gemeinschaftlichen Termin mit dem Imkerverein Erlangen vor. Die Bürgerin stimmt der Vorgehensweise zu.</p>
<b>7</b>	<b>Gedenkstätte ehem. Heil- und Pflegeanstalt Kopfbau an der Schwabachanlage</b>
	<p>Auf die Tagespresse und dem heutigen Leserbrief im Zusammenhang mit dem Abriss des Hupfla-Gebäudes wird von der Bürgerin verwiesen. Es wird moniert, dass es keinen Bürgerdialog zum Erhalt der Hupfla und der Einrichtung eines Gedenkortes gab. Dargelegt wurde nicht – wie sich der Baukunstbeirat dazu äußert oder ob dieser Pläne vorgelegt hat. Bevor der Abriss oder Teilabbriss erfolgt, wird von der Bürgerin gefordert, dass diese Vorschläge auch der Stadtgesellschaft vorliegen.</p> <p>Der Denkmalschutz, der Zustand des Gebäudes sowie die Historie, werden thematisiert.</p> <p>Herr Dr. Janik erläutert, dass alle - auch das Klinikum - sich darüber einig sind, dass die schlimme Vergangenheit - die dunkle Seite der Stadtgeschichte - nicht versteckt werden soll.</p> <p>Außer Frage steht, dass ein Gedenkort realisiert werden soll.</p> <p>Die Planungen des Universitätsklinikums waren immer wieder bereits seit 1970 Thema. Die Stadt hatte diese Pläne auch immer unterstützt. Das Universitätsklinikum hat sich auch auf den Standpunkt der Stadtverwaltung verlassen.</p>

In den letzten Jahren wurde seitens der Universität viel in eine moderne Krankenversorgung und Forschung investiert. Position des Klinikums war zunächst der Komplettabriss.

Mittlerweile hat sich die Position des Klinikums verändert. Ein Beirat wurde gebildet und der östliche Teil des Gebäudes für Errichtung eines Gedenkortes zur Verfügung gestellt.

Seitens des Bundes und Landes gibt es bereits hinsichtlich der finanziellen Unterstützung positive Signale. Konzepte müssen erarbeitet werden und mit der Erlanger Bürgerschaft diskutiert werden.

Herr Weber, Referat Planen und Bauen, erläutert die aufgeworfenen Fragen bezüglich des Denkmalschutzes.

Das Angebot des Klinikums in einem Teil des historischen Gebäudes eine Gedenkstätte zu errichten wird dem Stadtrat vorgelegt. Ein Teil wird auf jeden Fall erhalten werden und dem Zweck Gedenkort zugefügt.

Der Baukunstbeirat wird sich in seiner nächsten Sitzung (Mai) damit beschäftigen.

gez.  
S. Gerhard  
Protokollführerin